

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Wöchentlich 40 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-Anzeigepreis: Die einseitige Seite ober deren Raum 12 Goldpfennige, die Rückseite 25 Goldpfennige. Rechnen der Zeitung infolge Mangel oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. — Für telefonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 55.

Altensteig, Mittwoch den 5. März.

Jahrgang 1924

Gegen die Gerichtsreform.

Die vom Reichsjustizministerium auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vorgenommene Reform des Gerichtswezens — man spricht von einer Umwälzung von Verordnungen — hat bei den verschiedenen politischen Parteien härteste Bedenken und Widerstände ausgelöst, denn die ganze deutsche Rechtspflege wurde in ihren Grundlagen erschüttert. Daß auch die Juristen selbst gegen diese Reform sind, hat man in Berlin überhaupt nicht beachtet. Der Stuttgarter Anwaltsverein hat härteste Verwahrung bei den zuständigen Stellen erhoben in einer Entschließung, die alle die Gesichtspunkte zusammenträgt, die gegen diesen „Abbau“ sprechen. Es heißt darin:

Im Hinblick auf die „Not von Volk und Reich“ ist durch Gesetz vom 8. Dezember 1923 die Reichsregierung ermächtigt worden, im Wege der Verordnung solche Maßnahmen zu ergreifen, die wegen besonderer Dringlichkeit die Einhaltung des durch die Reichsverfassung vorgeschriebenen ordentlichen Weges der Gesetzgebung nicht als gangbar erscheinen lassen. Die Reichsregierung hat diese Befugnis überschritten. Sie hat die Grundlagen unserer ganzen Gerichtsverfassung und des Verfahrens in Strafsachen und nun in letzter Stunde, am 13. Februar 1924 — also einen Tag vor Ablauf des Ermächtigungsgesetzes — auch das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten durch neue Bestimmungen ersetzt, die weder dringlich sind, noch eine bessere, einfachere und billigere Rechtspflege gewährleisten. Die Vermöge ihrer Sachkunde und Erfahrung zur Vorberatung und Milderung berufenen Kreise der deutschen Juristen, die Rechtslehrer der Hochschulen, die Richter und Rechtsanwälte haben von den Entwürfen der Regierung entweder gar nicht oder so spät Kenntnis erhalten, daß eine wirksame Mitarbeit unmöglich war. „Vertraulich“ ist einigen wenigen Organisationen der Entwurf einer Verordnung mitgeteilt worden, zu spät, um eine nur einigermaßen gründliche Prüfung vorzunehmen. Das deutsche Volk als Ganzes ist nicht gehört worden. Man wollte keine Kritik der Öffentlichkeit.

Die vom Vertrauen des Volkes getragenen Schwurgerichte sind beseitigt. Sie tragen ihren alten Namen zu Unrecht. Der Wahrspruch der Geschworenen über Schuldig oder Nichtschuldig ist gefallen. An ihre Stelle sind große Schöffengerichte getreten. Die überwiegende Zahl aller Straffälle ist dem Amtsrichter und dem kleinen Schöffengericht überwiesen. Vorübergehend sind die Laienrichter ganz beseitigt. Bis jetzt damit gemachte Erfahrungen lassen für die Zukunft Schlimmes befürchten. Die Strafkammern des Landgerichts sind Berufsgerichte geworden. Das Verfahren in Strafsachen ist seiner wichtigsten Bestimmungen, die dem Schatz des Angeklagten dienen, entleert. Es ist angeblich billiger, sicher aber schlechter geworden. Die Grundgedanken der Zivilprozessordnung sind zerstört. Nicht mehr die Parteien, um deren Rechte und Interessen es sich handelt, bestimmen das Verfahren, sondern der Richter. Die deutsche Rechtspflege, das letzte noch aufrecht gebliebene Gebilde unseres staatlichen Lebens, ist in seinen Grundfesten erschüttert.

Getragen von der Ueberzeugung, daß vor allem anderen die Rechtspflege eines Volkes gegen überhöhte Maßnahmen geschützt sein muß, erhebt die deutsche Anwaltschaft feierliche Verwahrung dagegen, daß die Reichsregierung mit einem Federstrich beseitigt, für was unsere Väter gekämpft, was Wissenschaft und Praxis in stetiger und gewissenhafter Arbeit geschaffen haben. Schon sind die Änderungen der Gerichtsverfassung und der Strafrechtspflege wirksam geworden. Die Änderung des Verfahrens in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten soll am 1. Juni 1924 in Kraft treten und hat weitgehende Veränderungen in der Zusammenfassung der Gerichte zur Voraussetzung, die alsbald in Angriff genommen werden mußten. Es ist also Gefahr im Verzug. Noch ist es Zeit, diese abzuwenden. Wirtschaftliche Kriege aller Art haben unser Volk allmählich stumm gemacht und sein Interesse abgelenkt von den Fragen der Verfassung des gerichtlichen Verfahrens. Der Stuttgarter Anwaltsverein hält es daher für seine Pflicht, die Öffentlichkeit aufzuklären, was die Reichsregierung unter Berufung auf das Ermächtigungsgesetz unternommen hat. Weitgehende Kreise unserer Bevölkerung sind der überhäuflichen Gesetzesänderungen durch sogenannte Notverordnungen gründlich überdrüssig.

Bestellungen auf unsere Zeitung

werden fortgesetzt von der Geschäftsstelle unseres Blattes, sowie von den Agenturen und Austrägern unserer Zeitung entgegengenommen.

Die Kreditnot.

Nachdem jetzt eine Produktionssteigerung eingeleitet ist, ist die deutsche Wirtschaft vor die Frage gestellt, wie sie das notwendige Produktionskapital beschaffen soll. Der Reichsbank stehen beschränkte Rentenmarkkredite zur Verfügung, welche mit einem gewissen Zinsaufschlag an die Interessenten weiter gegeben werden. Der Zinssatz für Leihgeld ist zurzeit so hoch (etwa 20—24 Prozent), daß nur die wenigsten Unternehmungen die Gewähr haben, die Kredite und die Zinsen durch entsprechende Produktionserlöse abzutragen. Besonders gefährlich hat sich die Kreditnot in der Landwirtschaft herausgebildet. Das Preis-Niveau für wichtige Agrar-Produkte (besonders Brotgetreide) ist so niedrig, daß die Produktionskosten nicht gedeckt werden. Die Landwirtschaft beklagt sich darüber, daß von der Reichsbank nur beschränkte Rentenmarkkredite und diese auch nur zu hohen Zinssätzen gegeben werden. Nun hat sich in den letzten Wochen herausgestellt, daß die 4prozentige hypothekarische Gold-Volllastung der deutschen Wirtschaft (auf welcher bekanntlich die Rentenmark aufgebaut ist) erheblich mehr als die ursprünglich veranschlagten 3,2 Milliarden Rentenmark ergibt. Neun formal wäre damit die Rentenbank in der Lage, eine größere Summe Rentenmarkgeld in Umlauf zu bringen, ohne daß die Deckung unzureichend wäre. Gegen ein solches Verfahren sprechen jedoch gewichtige Gründe. Eine Vermehrung des Rentenmark-Umlaufes würde den Eindruck hervorrufen, als begünze in Deutschland aufs neue jene verhängnisvolle Inflation, die in den letzten Jahren unsere Währung vernichtet hat. Darum muß, solange wir noch keine endgültig gelieferten Währungsverhältnisse haben, der Gedanke an eine Vermehrung des Rentenmark-Umlaufes und an eine starke Erhöhung der Rentenmarkkredite zurückgewiesen werden. Das einzige wirklich erfolgreiche Mittel zur Linderung der deutschen Kreditnot ist die Belebung der Kapitalbildung in Deutschland. Die Inhaber von Sparkassen- und Bank-Konten haben durch die Geldentwertung zu furchtbaren Verlusten erlitten, als daß sie heute geneigt wären, sich ein neues Weidkonto anzulegen. Wer verfügbares Geld hat, sucht die Anschaffungen zu machen, die jahrelang ganz unterblieben sind und doch stark eingeschränkt wurden. Ein wichtiger Anreiz zur Belebung der Sparfähigkeit wäre die Verheißung höherer Kreditzinsen, als sie zurzeit gewährt werden. Die große Spanne, welche zwischen dem Zinssatz der Rentenbank und dem privaten Geldmarkte besteht, muß eingengt werden; eine Vertueerung des Zinsfußes auf das Doppelte und darüber ist auf die Dauer unerträglich. Für 7 Prozent Jahreszinsen, — jenseit wird den Besitzern von Guthaben durch die Bank gewährt — sind nur wenige bereit, ein Risiko für das Vermögen zu übernehmen. Gegen Ende wird erst nach Uebergang zur Goldwährung und nach Erledigung des Reparationsproblems die genügende Sicherheit für den Sparere vorhanden sein, daß er nicht abermals den größten Teil seines Vermögens verliert. Alle anderen Mittel, die Kreditnot in Deutschland zu mildern, können nur mäßige und vorübergehende Bedeutung haben.

Dr. Crull

Der Mündener Hochverratsprozeß.

Münden, 4. März.

Der 7. Verhandlungstag am Dienstag begann mit der Zeugenvernehmung von 11 Herren der Infanterieschule mit General Tschowik und Oberst Leupold an der Spitze. Im Rahmen der Gesamtvernehmung gab Rechtsanwalt Roder eine Erklärung ab, die besagt, daß bei diesem Prozeß in ganz außerordentlicher Weise die Zeugen vorher beurlaubt worden sind. Es sei die Wahrheit geknebelt worden, dadurch, daß Zeitungen angewiesen wurden, von der anderen Seite Erklärungen überhaupt nicht zu bringen. So sei ferner die Unwahrscheinlichkeit im Hof getragen worden, durch sogenannte amtliche Darstellungen der Ereignisse und es seien Mitteilungen an einzelne Personen hinausgegangen, die in dem Prozeß ihr Zeugnis abgeben sollten. So sei von General Dostow eine sogenannte amtliche Darstellungen in 400 Exemplaren an höhere Offiziere

Truppenkommandeure usw. verschickt worden und die ganze Aufmachung sei dazu angetan, den Prozeß zu beeinflussen.

Rechtsanwalt Roder erklärte weiter, die Herren Rahr, Dostow und Seiffert seien sogar so weit gegangen, daß sie unter sich die Aussagen in der Voruntersuchung gemeinsam gemacht haben. Es habe den Anschein, als ob ihnen das gesamte Material erst zugänglich gemacht worden sei und daß jeder dieser Herren, bevor er seine Aussagen machte, die Aussagen der anderen hernahm und sich darauf einstellte. Der Verteidiger beantragte ebenso wie mehrere andere Verteidiger, daß der Bericht Dostows verlesen werde, um zu zeigen, wie hier die Zeugen geradezu im Sinne der Fälschung der Wahrheit beeinflusst wurden. Dabei betonte Rechtsanwalt Hoff, er möchte nicht den Eindruck erwecken, daß dieser Prozeß geführt werde, um die Herren Rahr, Dostow und Seiffert des Hochverrats zu überführen. Er führe die Verteidigung, um den Freispruch seines Mandanten zu erwirken und ihn dadurch der böllischen Bewegung wieder zurückzugeben. Wenn Kardinal Schulte in Köln wirklich gegen die Rede Dudenbergs von der Kanzel aus Stellung nehmen lassen wollte, so wäre das ein Verbrechen. Der Vorsitzende erklärte sich bereit, den Bericht verlesen zu lassen, hielt dies aber im jetzigen Zeitpunkt nicht für angängig, da so zunächst die Vernehmung der Zeugen aus der Infanterieschule in Aussicht stehe. Die Verteidigung hielt aber ihren Antrag aufrecht.

Staatsanwalt Dr. Stenglein erklärte, daß die Staatsanwaltschaft mit dem Bericht Dostows in keinem Zusammenhang stehe. Die Staatsanwaltschaft habe auch kein Material geliefert. Er beklage, daß irgendwo von der Anklagebehörde in unzulässiger Weise verfahren worden und etwas gestrichen sei, was die Objektivität der Ermittlungen beeinträchtigt hätte. Ein Verteidiger wies darauf hin, daß der Vorsitzende einer Münchener Offiziersvereinigung ein Schriftstück aus den Gerichtsakten in die Hand bekommen habe. Ferner wird mitgeteilt, daß die Denkschrift am 24. November an die Standortsältesten und Kommandeure der Reichswehr, dann am 12. Dezember an die Chefs der Landespolizei und endlich am 10. Januar an eine Reihe Offiziersvereinigungen verschickt worden sei mit dem Bemerkten, daß sie den unwahren Gerüchten entgegenzutreten und zur Aufklärung den Offizieren bekannt gegeben werden solle.

Weiter teilte der Gerichtsvorsitzende auf Anfrage mit, daß die Vernehmung von Rahr, Dostow und Seiffert in den ersten Dezembertagen erfolgte. Das Gericht zieht sich zur Beratung über den Antrag auf sofortige Verlesung der geheimen Denkschrift Dostows zurück und nimmt nach kurzer Pause die Verhandlung wieder auf mit der Verlesung, daß die Verlesung der Denkschrift einem später vom Vorsitzenden zu bestimmenden Zeitpunkt vorbehalten wird.

Der erste Staatsanwalt beantragte nun mit Rücksicht darauf, daß jetzt bei der Zeugenvernehmung die gleichen Fragen zur Behandlung kommen werden, die am Montag zum Ausschluß der Öffentlichkeit führten, den generellen Ausschluß der Öffentlichkeit auszubrechen. Die Verteidigung verlangt, daß die Vertreter der Reichswehr und des Wehrkreiskommandos ebenfalls den Saal verlassen müßten, weil die Zeugen durch ihre Anwesenheit beeinflusst werden könnten und weil zu befürchten sei, daß ihnen in ihrer Erregung aus ihrer Aussage Schwierigkeiten entstehen. Es sei schon vorgekommen, daß verschiedene junge Offiziere in Zusammenhang mit dem Prozeß ziemlich dichtlich ihrer Erregung beraubt wurden. Er möchte nicht, daß die jungen Offiziere in den schweren seelischen Konflikten verwickelt werden, entweder die Wahrheit zu sagen und im nächsten Militärverordnungsblatt zu erfahren, daß ihre weitere Verwendung als Offizier nicht in Betracht komme. Schon sei der Fall eingetreten, daß sich ein Militär verabschiedet gesehen habe.

Der Staatsanwalt bemerkte, daß sich die Staatsanwaltschaft seitens der beiden Herren des Reichswehrministeriums und des Wehrkreiskommandos nicht habe beeinflussen lassen. Er habe auch keinerlei Wahrnehmung gemacht, daß ein solcher Versuch seitens der beiden Herren selbst gemacht worden wäre. Der Gerichtshof verhandelte, nachdem er sich zur Beratung zurückgezogen hatte, folgenden Beschuß: 1. Während der Vernehmung der Zeugen aus der Infanterieschule wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen wegen Gefährdung der Staatsicherheit. 2. Die Anwesenheit wird gestattet den Vertretern der Reichswehr und Staatsbehörden mit Ausnahme des Vertreters des Reichswehrministeriums und des Wehrkreiskommandos.

Darauf wird der Saal geräumt und die 11 Zeugen von der Infanterieschule treten zur geheimen Vernehmung nach 10 Uhr in den Sitzungssaal.

Hilfer-Prozess (Nachmittags-Sitzung).

München, 4. März. Von den 11 Zeugen der Justizschule waren in der geschlossenen Vormittags-Sitzung nur 2 vernommen worden; auf die 9 anderen wurde verzichtet. In Beginn der Nachmittags-Sitzung war eine Reihe von höheren Polizeibeamten als Zeugen erschienen. Zunächst wurden aber wieder von der Verteidigung verschiedene Ausführungen gemacht. Dabei gab Justizrat Dr. Schramm eine äußerst scharfe Erklärung gegen den Oberleutnant Bergem ab, der den Angeklagten Hauptmann Köhm wegen seiner Aussage gegen den Oberleutnant Braun als den niederträchtigsten Verteufelung bezeichnet hatte.

Es wurde in die weitere Zeugenvernehmung eingetreten. Oberregierungsrat Zenner von der Polizeidirektion München sagte über Fric aus, dieser sei durchaus rechts gestanden, habe mit der deutsch-völkischen Bewegung Beziehungen unterhalten, doch habe der Zeuge nicht den Eindruck gehabt, daß Fric sich einer Bewegung anschließen würde, die auf den gewaltsamen Sturz der Verfassung hinarbeiten würde. Er habe keine Anhaltspunkte dafür, daß Fric Kenntnis davon hatte, daß für den Abend des 8. November ein Putzsch beabsichtigt war.

Es folgte die Vernehmung des Zeugen Regierungsrat Berenreuther. Auch er hatte im Oktober davon gehört, daß im Falle eines bayerischen Umsturzes Fric für das Polizeipräsidium in Betracht komme. Der Zeuge machte dann Angaben über die Vorgänge im Bürgerbräuhaus, wo er verhaftet wurde. Am Nachmittag des 9. November sei die ganze Villa Lehmann, wo man die Verhafteten untergebracht hatte, in Verteidigungsanzustand gesetzt worden. Anhaltspunkte dafür, daß Fric von den Vorgängen wußte, habe er nicht gehabt. Berenreuther wurde weiter gefragt, ob die Staatsanwaltschaft bei der Polizeidirektion den Aufenthalt Erhardts hätte erfahren können. Der Zeuge verneinte.

Auf den Hinweis eines Verteidigers, daß größere Geldbeträge weggenommen wurden, die zu wohltätigen Zwecken an Ludendorff geschickt waren, erklärte der Zeuge, daß auf Anordnung des Generalkommissariats solche Gelder beschlagnahmt, nicht aber für verfallen erklärt wurden. Der Staatsanwalt fragte, ob in den Kreisen des Kampfbundes nicht schon lange Zeit vor September Bestrebungen auf einen gewaltsamen Umsturz bestanden. Der Zeuge erwiderte, er wisse, daß Mitte September Dinge erörtert, die auf Ähnliches abzielten. Auf die Frage Hillers, warum das Generalkommissariat gegründet worden sei, erwiderte der Zeuge: wegen der Befürchtung, daß bereits im September ein Umsturz von rechts erfolgen würde.

Zeuge Regierungsrat Werberger sagte aus, er habe keine Anhaltspunkte dafür, daß Fric Kenntnis von den Plänen des 8. November hatte.

Neues vom Tage.

Erleichterung in den Ricum-Verträgen.

Düsseldorf, 4. März. Die Ricum hat im Verein mit der Rheinlandkommission und dem Zweckverband der Metallindustriellen des besetzten Gebiets in Düsseldorf nach monatelangen Verhandlungen jetzt 17 Zoll-ermäßigungen tariflich abgeschlossen, die den Zeitraum vom 15. Februar bis 15. April umfassen. Durch diese Verträge ist die Zollabgabe ermäßigt worden. Auf Sendungen, die nach dem unbesetzten Deutschland und nach dem Ausland gehen, wird außerdem noch eine Reparationsabgabe, schwankend zwischen zwei Achtel und fünf Achtel, erhoben, die dem Deutschen Reich auf Reparationskonto gutgeschrieben wird.

Dr. Schacht nach London.

Paris, 4. März. Reichsbankpräsident Dr. Schacht reiste am Dienstag früh von Paris zur Fortsetzung seiner Kreditverhandlungen nach London. Die Sachverständigen dürften am 15. März ihre Arbeiten beendigen.

Die nationale Bewegung und die deutschen Arbeiter.

Berlin, 4. März. Eine deutsche Kundgebung hatte die Vereinigung national gesinnter Arbeiterführer kürzlich nach dem Kaiserjubiläum des „Rheingoldes“ einberufen. Die Veranstaltung erhielt ihr besonderes Gepräge und ihre politische Bedeutung durch den Umstand, daß sich diese Vereinigung in der Hauptsache aus ehemaligen und derzeitigen Sozialdemokraten zusammensetzte. Die sich das Ziel gesetzt hat, für den großen Kampf um Deutschlands Rettung auch die Massen der deutschen Arbeiter auf nationalem Boden zu formieren. Unter den Besuchern befand sich der ehemalige Vorsitzende des Deutschen Bauarbeiterverbandes und spätere Oberpräsident von Ostpreußen, August Winig, der frühere Vorsitzende des deutschen Buchbinderverbandes, Emil Roth, Arnold Franke, bis vor kurzem Leiter des sozialistischen „Stin“, der ehemalige Sozialdemokrat Arthur Kopisch und anderer sonst, der in der Sozialdemokratischen Partei früher eine Rolle spielte. Das Programm der neuen Vereinigung entwirft Emil Unger, der langjährige Mitarbeiter des „Vorwärts“, und der sozialdemokratischen Provinzpresse. Der Redner legte die Gründe dar, die ihm und seinen Freunden das Verbleiben in der Partei der Internationalen unmöglich gemacht hätten. Die Vereinigung sei keine politische Partei, sie wolle innerhalb der Arbeiterschaft in nationalem Sinn wirken und mit den nationalen Organisationen Hand in Hand gehen. Eine ihrer Hauptaufgaben sei die Heranbildung national gesinnter Arbeiterführer. Die deutsche Arbeiterbewegung müsse ins nationale Fahrwasser geleitet werden, wenn das deutsche Volk groß und geschlossen dastehen und allen Anschlägen seiner Gegner trotzen wolle. Stürmischer Beifall folgte diesen Ausführungen. Die Kundgebung schloß mit dem Gesang des Deutschlandliedes. Mit der Kundgebung wurde das am gleichen Tage zum ersten Male erscheinende Organ der Vereinigung „Der deutsche Vorwärts“ verbreitet, der mit feurigem Temperament die Grundsätze der neuen Vereinigung vertritt.

Ursch des Pfälzer Abkommens durch General de Metz.

Birmasens, 4. März. Die Polizeioberkommissare Roth und Walter, Bezirkskommandant Müller, Amtsgerichtsrat Müller, die beiden Verleger der Birmasenser Zeitung und einige andere Bürger wurden von den Franzosen in das Amtsgerichtsgefängnis nach Mainz gebracht, um wegen angeblicher Beteiligung an dem Separatistensturz vor ein französisches Kriegsgericht gestellt zu werden. Trotz des Abkommens vom 18. Februar, das gegenseitige Repressalien verbietet, scheint jetzt das Unglaubliche wahr zu werden, daß ehrenwerte deutsche Bürger von den Franzosen abgeurteilt werden sollen, daß dagegen die Separatistenverbrecher heute noch unter dem Schutze der Franzosen in Birmasens herumlaufen und die Bevölkerung durch Demunziationen usw. belästigen können. Angesichts dieses offenkundigen Verrats unter dem Schutze des Generals de Metz, der zwar die Verantwortung für die Repressalien ablehnt, weil sie angeblich von den Militärbehörden erfolgen würden, der jedoch in Wirklichkeit allein der Verantwortliche dafür ist, ist es höchste Zeit, daß die Interalliierte Sonderkommission möglichst bald in die Pfalz zurückkehrt, um hier nach dem Recht zu sehen, da sonst in Birmasens die Ereignisse zu einer nochmaligen Katastrophe führen werden.

Um die Finanzkontrolle.

Paris, 4. März. Die Mitglieder der beiden Sachverständigen-Komitees haben sich über den Umfang der für das deutsche Finanzwesen vorgesehenen interalliierten und neutralen Kontrolle noch nicht definitiv verständigt. Am Montag sind lediglich Einzelfragen erledigt worden. Nach Anhörung des Reichsbankpräsidenten wurde mitgeteilt, daß auch die näheren Bedingungen, unter denen die berühmte Emissionsbank des Dr. Schacht in die Goldnotenbank aufgehen sollte, noch nicht völlig ermittelt seien. Man rechnet daher damit, daß Dr. Schacht bereits zu Anfang nächster Woche wieder in Paris ein-

treffen wird und sich in der Zwischenzeit mit seinen Mitarbeitern sowie britischen und holländischen Finanzleuten in der Frage der provisorischen Emissionsbank befassen wird. „New York Herald“ behauptet, aus zuverlässiger Quelle zu wissen, daß Deutschland sich gegen jedes finanzielle Überwachungs-system sträube, das im Zusammenhang die Oberhoheit Deutschlands beeinträchtigen könne. Die Franzosen und Belgier, schreibt das Blatt weiter, sind bereit, auf einen Kompromiß einzugehen. Sie wünschen, daß Deutschland eine günstige Gelegenheit erhalte, seinen guten Willen zu bezeugen, den es insbesondere beweisen könne, wenn es der Eröffnung eines besonderen Kontos zu Reparationszahlungen in der Goldnotenbank zustimme. Gestützte Beträge könnten aus diesem Konto an Deutschland gezahlt werden, wenn die Erfahrung ergebe, daß die Sachverständigen sich in ihren Besprechungen der deutschen Verhältnisse für die nächsten 3 Jahre getäuscht hätten. Die britischen Sachverständigen seien der Ansicht, daß nur eine Fortsetzung und intensive Finanzkontrolle, die die vom Garantiekomitee der Reparationskommission vor 18 Monaten vorgeschlagene Überwachung beträchtlich übertriffe, der Welt von neuem Vertrauen zu Deutschland einflößen könne.

Die innere Krise.

Berlin, 4. März. Durch die Besprechung des Reichszanklers mit den sozialdemokratischen Parteiführern Müller-Franzen und Breitscheid über die durch die Notverordnungen der Regierung geschaffene Lage und deren Behandlung im Reichstag ist, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, irgend eine Veränderung nicht eingetreten. Die Besprechungen zwischen dem Reichszankler und den sozialdemokratischen Führern würden auch nicht weitergeführt werden. Von beiden Seiten sei der bekannte sich entgegenstehende Standpunkt festgehalten worden.

Der Zweck der — übrigens vom Reichszankler angeregten — Besprechung war der, wenn möglich zwischen dem Standpunkt der Regierung, wie er in der bekannten Erklärung der Notverordnungen festgelegt war und dem Standpunkt der Sozialdemokratie eine Brücke zu schlagen. Der Versuch ist nicht gelungen, weil die Zugeständnisse, die Herr Marx im Namen der Regierung zu machen bereit war, unmöglich genügen konnten, um die schweren Bedenken der Sozialdemokratischen Partei gegen einen Teil der Notverordnungen, insbesondere gegen die dritte Steuerverordnung und die Reichsverordnungen, aus der Welt zu schaffen. Die Regierung bleibt auf ihrem Standpunkt bestehen, wonach an den von ihr als lebenswichtig betrachteten Verordnungen vorerst Änderungen nicht vorgenommen werden dürfen, während die Sozialdemokratie darauf beharrt, daß einige dieser Verordnungen, deren Abänderungsbedürftigkeit übrigens auch von den anderen Parteien nicht bestritten werden kann und nicht bestritten wird, unverzüglich einer Revision zu unterziehen seien. Welches unter diesen Umständen der Verlauf der Reichstagsverhandlungen der nächsten Tage sein wird, ist schwer vorauszusehen. Zunächst will sich Herr Marx noch mit den bürgerlichen Parteien, d. h. in erster Linie mit den Koalitionsparteien, über die Lage aussprechen und von diesen Besprechungen, die heute stattfinden, wird wohl das Schicksal des Reichstags abhängen, der Mittwoch selb — vielleicht, ja wahrscheinlich letzten — Verhandlungen wieder aufnimmt.

Die Wahrheit über die deutsche Produktionsfähigkeit.

Berlin, 4. März. Habas wußte kürzlich mitzuteilen, daß die Sachverständigenausschüsse der Reparationskommission bei ihrem Aufenthalt in Berlin die „auffällige Entdeckung“ gemacht hätten, daß Deutschland seit dem Waffenstillstand 18 000 Lokomotiven und 400 000 Waggons gebaut habe. Das sei ein typisches Beispiel für die deutsche Produktionsfähigkeit und gleichzeitig für den Mangel an gutem Willen, diese Produktionsfähigkeit in den Dienst der Vertragserfüllung zu stellen. Wie dazu bekannt wird, dürften die

Hast du der Wahrheit und dem Geist gelebt, So ist das Alter Krone deines Strebens Hast du nur nach Genuß gestrebt, So ist's der Raubkammer deines Lebens. Emmer

Die Bauerngräfin.

Roman von Fr. Lehne.

(Nachdruck verboten.)

Und gerade der Frau, die so oft mit Absicht gekränkt, der mußte sie zu diesem Dank verpflichtet sein. Das drückte sie viel mehr noch als ihre Schuld dem Bruder gegenüber, die es gar nicht mal als Schuld empfand. Rudi's Ungehörigkeit allein, den sie besonders unterstreicht, war die Veranlassung zu diesem fatalen Zwischenfall gewesen.

Dennoch aber mußte sie, wenn auch schweren Herzens, in die Laubenberg'sche Villa gehen und sich nach dem Befinden der Gräfin erkundigen, ehe sie abreiste. Ihren Beispiel folgten alle Damen des Regiments, deren Urteil sich mit einem Male zugunsten Rosemaries geändert hatte. Keine von ihnen hatte den Mut und die Kraft zu einer solchen Tat in sich gefühlt. Und Rosemarie Laubenberg gerade hätte am allerwenigsten Ursache gehabt, ihre Gesundheit ohne Bestimmen aufs Spiel zu setzen, wo die Generalin Soldest verantwortlich gewesen war.

Rosemaries Bouboir, das an ihr Schlafzimmer stieß, gab einem Blumenbain.

Die Gensende freute sich doch, wenn ihr Blick durch die geöffnete Tür auf die Blumenpracht fiel, die ihr täglich ins Haus geschickt wurde. Keiner ließ es sich nehmen, ihr eine Aufmerksamkeit zu erweisen, vor allem natürlich der Oberst. Die „geborene Kranke“ war die Heldin des Tages geworden, wie Oberstgen zu Hans Eckardt sagte.

Endlich durfte Rosemarie Besuch annehmen. Seit einigen Tagen war sie außer Bett. Sie war blaß und schwach geworden, lächelte sich aber ganz wohl. In einem weichen, weißen Schlafrock gehüllt, umhing sie den Oberst von Laffert und seine Frau, die als erste sie sehen durften. Mit Tränen in den Augen küßte Frau von Laffert Rosemarie auf beide Wangen.

„Wie soll ich Ihnen danken, Liebste, Beste —“

„Dadurch, daß Frau Oberst nicht wieder davon sprechen. Es war wirklich nichts. Rein dicker Feldentat, wozu man es anscheinend aufgedaut hat. Rudi hätte sich auch allein wieder herausgefunden, davon bin ich überzeugt.“

„Aber Ihre Krankheit. — nur durch Ihr Selbstlosigkeit —“

„Nur ein unglücklicher Zufall. Ich bin ja so gut wie gesund. In kürzester Zeit darf ich reisen, hat mir der Arzt gestattet.“

„Und bleiben dann so lange wie Sie wollen!“ sagte der Oberst. „Ich gebe dem Herrn Rittmeister unbeschränkten Urlaub.“

Verwirrt schlug sie die Augen nieder. Hans Eckardt sah so lebend zu ihr hin. Wenn sie ja sagte; sie ahnte, wie gern er sie besähen, um sie herum sein würde. Aber nein, das durfte nicht sein, die Schranke durfte nicht fallen.

„Herr Oberst sind sehr gütig; doch wir wollen durchaus keine Bevorzugung!“ entgegnete sie. „Rein Bruder, der Arzt, will mich besähen; das genügt, und so sind wir sicher, daß nur der Gesundheit gelebt wird und keine Extravaganzen begangen werden! Im anderen Fall: mein Mann und ich sind große Freunde von Fußwärdern und würden darin vielleicht sündigen. Und wiederum — ich möchte ihn nicht zur Langeweile zwingen. Darum ist es schon besser, er beurlaubt mich allein.“ Sie lächelte lebenswürdig die Herrschaften an, ohne Hans Eckardt anzusehen. Der war ganz blaß geworden vor Enttäuschung und Schmerz. Deutlich sahen ihm ihre Worte, daß sie keine Gemeinsamkeit mit ihm wünschte.

„Ach, liebe Gräfin, wir sind so in ihrer Schuld, und dennoch wollen Sie uns jede Gelegenheit nehmen, uns ein wenig erkenntlich zu zeigen.“ sagte die Frau Oberst.

„Wenn mir Frau Oberst auch fernerhin Ihr Wohlwollen bewahren wollen, würde ich Frau Oberst sehr dankbar sein.“

„Recht, was Sie es schon haben, können wir es Ihnen nicht geben. Liebste!“ sagte Frau von Laffert herzlich. „Ich weiß, Sie haben es nicht ganz leicht gehabt, wenn wir offen sein wollen — aber es wird anders werden! Und Rudi darf morgen mit mir kommen? Er wollte Sie durchaus heute schon sehen.“

Wichtig ging Rudi Laffert am nächsten Tage neben der Mutter einher, einen in Seidenpapier gewickelten, großen

Rosenstrauch tragend, und ebenso wichtig legte er ihn nachher Rosemarie in den Schoß.

„Ich soll Ihnen auch schon danken, daß Sie mich aus dem Wasser gezogen haben, und — und —“ Er stockte, und fragend sah er seine Mutter an. „Wie sollte ich weiter sagen Mama? Ich habe es vergessen.“

Die junge Frau lachte und zog ihn an sich. „Lasse gut sein, Rudi, ich stand's dir auch so.“ Sie schob ihm ein Stück Schokolade in den Mund, das er sich gut schmecken ließ. „Sehen Sie mir ordentlich nach!“ rief Rudi, „da ist nämlich etwas zwischen den Blumen für Sie — da!“ Eifrig bog er die Blüten auseinander, griff selbst hinein und reichte ihr ein kleines Eui. „Das haben Sie von mir! machen Sie es mir auf.“

Der Deckel sprang auf, und — auf blauer Seide gebettet lag ein herrlicher, goldener Kubaner mit der eingravierten Aufschrift: „In steter Dankbarkeit! Rudi von Laffert.“ Daneben das Datum seines Unfalls und auf der andern Seite sein Bild.

Rosemaries Augen feuchteten sich.

„Frau Oberst,“ sammelte sie, „Sie beschämen mich.“

„Nein, liebe Gräfin, Sie dürfen uns das nicht wehren. Doch — Sie haben ja selbst gewünscht, daß nicht mehr davon gesprochen wird. Tun wir es also auch nicht.“

Täglich kamen jetzt die Regimentsdamen nacheinander, ihren Besuch zu machen. Rosemarie war sehr herzlich und nahm durch ihre gewinnende Art diesen Besuch das Beste mit und das für die Damen Feindschaft nach al dem Vorhergegangenen. Vielleicht hatte Sie auch das Gefühl, daß sie selbst durch einen übergroßen Stoß früher ein wenig geküßt und sich zu sehr zurückgezogen hatte.

Es war am Tage vor ihrer Abreise.

Der Märzwind ging kühl und herb; doch er ließ den Frühling ahnen.

Sie wäre gern geblieben. Sie liebte es über alles, dieses allmähliche Erwachen der Natur in höheren Gegenden, und beinahe zärtlich betrachtete sie jeden Baum und Strauch, wie das Leben sich in ihnen regte und zur Entfaltung drängte.

(Fortsetzung folgt.)



Sachverständigen nicht in die Lage gekommen sein, diese „Entdeckung“ zu machen, da seit dem Waffenstillstand nur 8506 Lokomotiven und 246 358 Güter- und Gepäckwagen für die Reichsbahn beschafft wurden, und zwar als Ersatz für die Kriegsverluste und für die auf Grund des Waffenstillstands- und Friedensvertrags erfolgte Abgabe von 8254 Lokomotiven und 280 013 Gepäck- und Güterwagen.

Der Vatikan und Ludendorff.

München, 4. März. Im „Bayerischen Kurier“ veröffentlicht der durch seine guten Beziehungen zum Vatikan bekannte Freiherr von Cramer-Klett einen längeren Aufsatz als Erwiderung auf die vatikanischen Ausführungen des Generals Ludendorff. Darin stellt er fest, daß der Vatikan während des Kampfes in durchaus objektiver Weise sich verhalten hat. Er teilt dann mit, daß es dem unermüdlichen Drängen des Kardinals Staatssekretär Gasparri zu danken ist, daß seinerzeit Italien und Japan das französische Verlangen nach Auslieferung des Kaisers nicht mitmachten, worauf der ganze Plan fallen gelassen wurde.

Der „Bayerische Kurier“ bringt weiter unter der Überschrift: „Der Kampf gegen Rom“ einen gegen die Ausführungen Ludendorffs im Hittlerprozeß gerichteten Aufsatz, worin es heißt, er habe gegen das Haupt der katholischen Kirche, gegen Würdenträger Geistliche und Einrichtungen der Kirche Beschuldigungen erhoben, die jedem Katholiken das Blut der Empörung in die Stirne rieben. Seine Beweiskräfte seien von einer Dürftigkeit gewesen, die man gerade von ihm nicht erwartet hätte. Die völkische Revolution unter Ludendorff dürfte zu einer inneren Herrschaft und Zerküftung des deutschen Volkes führen, wie sie fürchterlicher nicht erlebt wurde.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 5. März 1924.

Landwirtschaftliche Winterschule Calw. Am Donnerstag, den 28. Februar hielt der Verein ehemaliger Calwer Winterschüler seine 1. Generalversammlung ab, wozu sich etwa 100 Mitglieder und Freunde der Schule eingefunden hatten. Nach Begrüßung und einem kurzen Rückblick auf das Jahr 1923 durch den Vorsitzenden, Oekonomierat Böhrer, hielt Herr Dr. Frickinger-München einen Lichtbildervortrag über Pflanzenschädlinge und ihre Bekämpfung. Der Redner verstand es, seine lehrreichen, leicht verständlichen Ausführungen durch humorvolle Beispiele den Zuhörern besonders interessant zu machen. Besonders wies er auf die Notwendigkeit der Brandbekämpfung des Getreides durch Weizen und die Erfolge derselben hin. Der Grundfah für eine erfolgreiche Bekämpfung der Schädlinge und Pflanzenkrankheiten sei das gemeinsame Vorgehen. Nur dadurch können bleibende Erfolge erzielt werden. In der anschließenden Diskussion wurden noch einige Punkte des Vortrags weiter erörtert. Hierauf erfolgte die Besprechung von Vereinsangelegenheiten. Der Mitgliedsbeitrag für 1924 wurde einstimmig auf 2 Mark festgesetzt, wofür aber jedem Mitglied der „Junge Landmann“ geliefert werden soll. Nach verschiedenen Vorschlägen über die Sommerveranstaltungen wurde die Besichtigung der Staatsgestüte und benachbarter Güter beschlossen. Die sich anschließende gemütliche Unterhaltung mußte leider wegen Abgang der Jäger bald abgebrochen werden.

— **Der Gerichtsvollzieher geht um!** Wie man hört, sind verschiedene Finanzämter zurzeit damit beschäftigt, die Steuerrückstände vom vergangenen Jahr festzustellen. Dabei soll auch schon mehrfach zur zwangsweißen Beitreibung von Steuerrückständen geschritten worden sein. Der Bad. Bauernverein macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß ein Erlaß des Reichsfinanzministers vom 5. November 1923 existiert, in dem ausdrücklich gesagt wird, daß die Einziehung von Steuern nicht dazu führen darf, daß Betriebe zum Erliegen gebracht oder wirtschaftliche Existenzen vernichtet werden. Ausdrücklich wird darin auch darauf hingewiesen, daß Steuerpflichtigen nicht die zur Fortführung eines Betriebes notwendigen Betriebsmittel gepfändet werden dürfen.

— **Freigabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums in den Vereinigten Staaten.** Das amerikanische Konsulat teilt mit: Eine Kommission, die Oberst Thomas B. Miller, Treuhänder der Vereinigten Staaten für das beschlagnahmte Vermögen, vertritt, hält sich zurzeit in Stuttgart auf, um allen Personen, deren Eigentum sich zur Verfügung des amerikanischen Treuhänders befindet, die gewünschten Auskünfte zu erteilen. Alle Interessenten können jetzt in der Zeit von 9—12 Uhr vormittags und 2—4 Uhr nachmittags die Sprechstunde dieser Kommission im Amerikanischen Konsulat, Stuttgart, Königstr. 19 a, 2. Stock, besuchen. Die Antragsteller werden gebeten, alle Unterlagen, wie Briefe, Urkunden oder sonstige Papiere, die ihre Angelegenheiten betreffen, mitzubringen. Die Kommission hat den Wunsch, allen Beteiligten, die einen Anspruch auf Rückerstattung ihres Eigentums haben, hierzu in jeder Weise behilflich zu sein, insbesondere durch Auskunftserteilung betreffend der zur Freigabe erforderlichen Schritte. Die Tätigkeit der Kommission erfolgt unentgeltlich. Die Kommission reist am Donnerstag, den 6. März wieder ab.

Wildberg, 4. März. Am letzten Sonntag fand hier die Jahresversammlung des Nagoldgau-Sängerbundes statt. Aus dem Bericht des Vorstandes, Hauptlehrer Schuster, Wildberg ist zu entnehmen, daß der Gau sich im letzten Jahr dem Schwäbischen Sängerbund angeschlossen. Diese Angliederung führte dem Gau weitere Vereine zu, sodaß er jetzt 29 Vereine mit etwa 900 Sängern zählt. Das Hauptfest erhält in diesem Jahr Eigenhause n. Außerdem werden verschiedene Vereine, so u. a. Schönbrunn, Pfundorf und Liebsberg, Jubiläum bzw. Jahnezeiten feiern, die besucht werden. Die Wahlen brachten mit Ausnahme der Juwelen in den engeren Aus-

schuß der Vereinsvorstände von Nagold und Calw, keine Veränderung des Gesamtverbandes. Die Versammlung, die außerordentlich stark besucht war, nahm einen harmonischen Verlauf.

Stuttgart, 4. März. (Erwerbslose.) In Groß-Stuttgart fanden nach dem neuesten amtlichen Bericht am 29. Febr. in Erwerbslosenfürsorge 3490 männliche und 206 weibliche Personen. Seit 16. Januar ergibt sich eine Abnahme um 475 männliche und 56 weibliche Personen.

Freigabe. Mit dem Verbot der kommunistischen Partei wurde zugleich auch eine Schließung der kommunistischen Parteibüros, Buchhandlungen usw. verfügt, die jetzt nach der Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes wieder freigegeben wurden. Dieser Tage wurde auch die Druckerei, in der die „Südd. Arbeiterzeitung“ hergestellt wird, von Vertretern sozialistischer Behörden der Geschäftsleitung der kommunistischen Partei übergeben.

Waldbuch, 4. März. (Verlegung.) Seit 13. Februar 1924 ist der Sitz des Forstamts Plattenhardt nach Waldbuch verlegt.

Honau, 4. März. (Ein Ausbrecher.) Vor acht Tagen wurde hier ein Mann festgenommen, der eine Reihe von Diebstählen zugestand. In den Ortswald verbracht, durchbrach er eine Backsteinmauer, begab sich in den ersten Stock und sprang dort durch das Abortfenster 4,30 Meter ab. Dann jagte er das Weite. In Hohlzeiten wurde man seiner wieder habhaft. Er versuchte abermals auszubrechen. Dann wurde er ins Amtsgerichtsgefängnis nach Münsingen und von hier ans Amtsgericht Neutlingen eingeliefert. Bei seiner Vorführung ging er wieder durch. Sein Name ist Hermann Wiedmann, geboren am 5. August 1890 in Ebingen.

Schwemmungen, 4. März. (Enttäuschte Auswanderer.) Von den im letzten Herbst nach Brasilien (St. Katharina) ausgewanderten hiesigen Bürgern treffen jetzt allmählich die ersten Nachrichten ein. Aus den Briefen ist zu ersehen, daß die gehegten Hoffnungen der Auswanderer nicht erfüllt wurden. Ganz besonders schwer wird die besonders auf dem Lande herrschende niedere Kulturstufe empfunden. Diejenigen Ansiedler, die kein Geld haben, sind traurig daran; kein Mensch kümmert sich um sie; sie sind ihrem Schicksal selbst überlassen. Wer glaubt, die gebrauchten Tauben liegen einem in den Mund oder man dürfe nur nach Brasilien kommen, um mit einer behaglichen Existenz anzufangen, der irrt sich gewaltig.

Angoldingen, 4. März. (Seltenheit.) Im Waldteil Hagen wurden zwei seltene Rehe beieinander angetroffen. Der Pächter des Jagreviers hatte seine Freude daran und ließ die beiden unbeschädigt. Doch eines Tages traf er ein solches Rehlein schwerverwundet in einer Trappel.

Ulm, 4. März. (Erschossen.) Im Alter von 22 Jahren hat sich dieser Tage hier ein junges Mädchen erschossen. Als Ursache zu dem Selbstmord kommt eine pflicht zum Ausbruch gekommene geistige Verwirrung in Frage.

Ulm, 4. März. (Noch ein Selbstmord.) Der 25 Jahre alte brave, einzige Sohn des Metzgermeisters Wörz hat im Zustand geistiger Umnachtung seinem Leben ein Ende gemacht.

Friedrichshafen, 4. März. (Tod durch Tollwut.) Am Sonntag ist in Ettenloch ein junger Mann gestorben, der schon vor zwei Jahren von einem an Tollwut erkrankten Hund in die Hand gebissen wurde. Die Wunde ist nie recht zugeheilt. In den letzten Tagen machte sich bei dem jungen Mann Symptome bemerkbar, die auf eine schwere Erkrankung schließen lassen. Der Kranke mußte von mehreren Personen zu seiner eigenen Sicherheit festgehalten werden. Schließlich stellten sich Krämpfe ein und am Sonntag ist er nach schwerem Totekampf gestorben.

Vom Schwarzwald, 4. März. (Lavineneuunglück.) Mehrere Lawinen sind im nördlichen Schwarzwald bei der Hornisgründe niedergegangen. Eine dieser Lawinen erfasste zwei Schläufer und verschüttete sie. Während der eine sich bald wieder aus den Schneemassen herausarbeiten konnte, gelang es dem anderen erst nach fünfständiger Arbeit, sich herauszugraben. Glücklicherweise haben beide Schläufer nur leichte Verletzungen erlitten.

Zur Aufwertung der Hypotheken.

In einer größeren Rede bei der Jahresversammlung der Deutsch-demokratischen Partei Groß-Stuttgarts hat Staatspräsident Dr. Sieber auch zu der Frage der Aufwertung der Hypotheken Stellung genommen und u. a. ausgeführt:

Daß die Frage möglichst rasch gelöst werden müsse und nicht der Rechtsprechung im Einzelfall überlassen werden könne. Auch damit werden sich die Hypothekens- und andere Gläubiger bescheiden müssen, daß sie nur einen verhältnismäßig kleinen Teil ihres Goldmarkguthabens erhalten; auch die Aktienbesitzer, die Hausbesitzer, die Fabrikanten, die Handwerker besitzen, in Goldmark umgerechnet, meist nur noch einen kleinen Teil ihres früheren Goldmarkvermögens. Zweifelhaft ersieht mir, ob nicht wenigstens in besonders liegenden Fällen über 15 Prozent hinausgegangen werden könnte. Auch die Verzinsungs- und Rückzahlungsstundung scheint mir viel zu weit zu gehen. Eine empörende Ungerechtigkeit, die unter allen Umständen beseitigt werden muß, ist aber jedenfalls, daß die 3. Steuerreformverordnung jede Rückzahlung der Hypothekenaufwertung ausschließt. Zahlreiche haben die Gerichte jede Aufwertung abgelehnt;

Reichsjustizminister Heine hat immer wieder im Reichsrat und Reichstag erklärt, daß eine Aufwertung absolut ausgeschlossen sei und daß die Hypothekengläubiger unter keinen Umständen auf eine Aufwertung warten sollen, da sonst ihre Guthaben vollends ganz wertlos werden. Der Reichswirtschaftsrat hat ebenfalls erklärt, eine Aufwertung der Hypotheken sei ganz unmöglich und der Reichstag hat durch Ablehnung des Antrags Düringer, der eine Spernung der Hypothekenzuschüsse bezweckte, den Hypothekengläubigern jeden Schutz verweigert. Und nun sollen alle Kleinrentner und Minder, die im Vertrauen auf die bestimmten Aussprüche der höchsten Justizorgane des Reichs und die Beschlüsse der gegenseitigen Körperschaften ihre Hypotheken von gewissenlosen Schuldneren sich haben zurückzahlen lassen, aus formalistischen Gründen völlig rechtlos gemacht und der Bereicherungsanspruch, der dem in fast entwerteter Papiermark ausbezahlten Hypothekengläubiger nach dem erst in den letzten Tagen bekannt gewordenen Urteil des Oberlandesgerichts Darmstadt vom 18. Dez. 1923 zusteht, soll den Hypothekengläubigern durch eine Reichsverordnung genommen werden. Es muß unbedingt gefordert werden, daß bei allen seit Beginn der ganz großen Geldentwertung, 1. Juli 1922 oder noch besser 1. Januar 1922, zurückbezahlten Hypotheken und ähnlichen Forderungen rückwirkend die Aufwertung verlangt werden kann. Die Verzinsung der Aufwertungshypotheken mit 2 Prozent beginnt ja nach der Verordnung erst im Jahr 1925 und die Rückzahlung kann erst im Jahr 1932 verlangt werden; der Staat kann also in seiner jetzigen Notlage zunächst einmal für 1924 die Aufwertungssteuer voll erheben und in späteren Jahren in der durch die Rückwirkung entstehende kleine Steueransatz für den Staat durchaus erträglich. Auch für die Wirtschaft ist wegen der weitgehenden Stundung die Rückwirkung sehr leicht zu tragen. Gerade weil die Regelung der Aufwertung etwas Endgültiges sein soll, muß hinsichtlich der Rückwirkung eine Regelung getroffen werden, die mit dem sittlichen Empfinden vereinbar ist und bei der man dann auch wirklich verlangen kann, daß alle rechtlich Denkenden sich bei ihr beruhigen.

Durch die Rückwirkung der Hypothekenaufwertung würde eine weit stärkere Berücksichtigung der Hypothekensparassen- und Lebensversicherungsgläubiger möglich und das wäre gerade im Interesse der ganz kleinen Sparrer und der Minder außerordentlich zu begrüßen. Die Gläubiger von Reich, Staat und Gemeinden werden ja auf deren derzeitige trostlose Finanzlage gerne weitgehend Rücksicht nehmen, aber eine Einstellung jeder Verzinsung bis zur Erledigung der Reparationsverpflichtungen sehe ich als viel zu weitgehend an.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Die neuen Reichsilbermünzen. Das Reichskabinett genehmigte bereits den Entwurf eines Gesetzes, das den Reichsminister der Finanzen ermächtigt, Reichsilbermünzen über 1, 2, 3 und 5 Mark herstellen zu lassen. Der Gesamtbeitrag der neuen Reichsilbermünzen soll bis auf weiteres 5 Mark für den Kopf der Bevölkerung des Reichs nicht übersteigen.

Aussperrung der Arbeiter in Stettin. Am Samstag wurden auch die Werften in Stettin geschlossen und die Arbeiterschaft ausgesperrt, nachdem bereits vor einigen Tagen die Werften in Hamburg, Bremen und Kiel die Betriebe geschlossen hatten, weil die Arbeitnehmer die Annahme des in Hamburg gefällten Schiedsspruch auf Einführung der neunständigen Arbeitszeit abgelehnt haben.

Polen verpfändet die Thorer Forsten an Frankreich. Die polnische Regierung hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der sie ermächtigen soll, die Staatsforsten der Thorer Forstinspektion an Frankreich zu verpfänden als Sicherheit für die September verwilligten 400 Millionen franken Militärfredit.

Prinzessin Louise von Belgien †. Prinzessin Louise von Belgien, die in Weibaden an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben ist, hatte noch in den letzten Tagen ihrer Erkrankung die Nachricht erhalten, daß das Urteil des Brüsseler Gerichtshofes in ihrem Erbschaftsprozess ihr mehrere Millionen zuerkannte. Prinzessin Louise, die mit ihrer Erbschaftsschwiegermutter die Welt erfüllte, hat in den letzten Jahren ein höchst unglückliches Leben geführt. Ihre maßlose Verschwendungssucht ist zu all ihren Lebzeiten dieselbe geblieben. In ihrem Ehehebelungsprozess in Göttingen war seinerzeit festgestellt worden, daß sie 400 Saar elegante Schuhe, viele Hunderte von Hüten, sehr wertvolles Pelzwerk und andere kostbare Dinge besaß. Der Prozess, den sie und ihre Schwester Stephanie gegen den belgischen Staat um den Nachlaß des Königs Leopold geführt haben, war durch einen Vergleich aus der Welt geschafft worden, durch sie gleich ihrer Schwester 5½ Millionen franken zugewiesen erhielt. Das sollte damals — es war das Jahr des Kriegsausbruches — an 105 Gläubiger verteilt werden, die insgesamt 16 Millionen zu fordern hatten. Sie wurden mit 4½ Millionen abgefunden, so daß der Prinzessin damals kaum eine Million übrig blieb. Diese Million hat auch nicht lange vorgehalten und neue Gläubiger, neue Wechsel, neue Prozesse waren die Folge. Ein großer Liebesroman hat sein düsteres Ende gefunden. Louises Ehe mit dem Prinzen von Koburg wurde wegen ihrer Verschwendungssucht gelieden.

Ein bedeutender Geschäftsabschluss Stinnes in Amerika. „New York Herald“ teilt mit, daß Stinnes zum erstenmal seit dem Kriege in Amerika einen großen Geschäftsabschluss getroffen habe. Stinnes soll von der Dohler Farbgesellschaft ein besonderes Verfahren zur Herstellung von Farben gegen einen sehr hohen Betrag gekauft haben. Stinnes hat sich das Recht vorbehalten, das Verfahren nach Südamerika weiter zu verkaufen.

Handel und Verkehr.

Der Dollar notierte am 4. März 4210,5 Br., Amsterdam 1573,9, Italien 182,5, London 18145, Paris 172,4, Schweiz 731,8, Prag 122,9, D.-Oesterreich 0,0642, Goldanleihe 4200.

Leipziger Messe. Ueber den ersten Tag der Frühjahrsmesse wird u. a. berichtet: Bereits in den Mittagstunden betrug die Zahl der geschäftlichen Besucher auf Grund der ausgegebenen Einläuferabzeichen und Ausstellerkarten über 120 000, ein bisher am ersten Messetag auf keiner Messe erreichter Rekord. Die Technische Messe weist ungeheure Leistungen der deutschen Maschinenindustrie auf, sie steht im Zeichen der Qualitätsarbeit, genauester Kalkulation der Preise und feinsten konstruktiver Durcharbeit aller Einzelheiten. Die Braunkohlenfachmesse ist bereits auf den ersten Messetag gelungen, die Radiomesse ist hervorragend, wenn auch etwas zersplittert. Die Armaturen- und Baumeßmaschinen sind in ihren Erzeugnissen absolut einwandfrei. Die Textilmaschinenmesse weist die besten Fabrikate Deutschlands auf diesem Gebiete auf. Die Messe befriedigt bereits in Bezug auf die Aufträge schon am ersten Tage, der erste Bauplan für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.

Berliner Börse, 4. März. Auch an der Dienstag-Börse waren irgendwelche Veränderungen kaum zu verzeichnen. Die Frage der Reichstagswahlen wird an der Börse auch besprochen, doch legt man allgemein eine eventuelle Auflösung des Reichstags in wirtschaftlicher Beziehung nicht allzuviel Bedeutung bei. Die Kurse waren zum Teil abwärtsgerichtet. Am Devisenmarkt besahte man sich mit der gestern erfolgten Einstellung des Kreditverkehrs der Reichsbank mit der Bankfirma von Sollenberg-Bachall u. Co. in Breslau.

Stuttgarter Börse, 4. März. Die Börse zeigte heute kaum ein anderes Bild als gestern: starkes, wenn auch nicht dringendes Angebot, auf der anderen Seite nur zögerndes Interesse. Die Kursbildung blieb uneinheitlich. Bankaktien: Hypothekbank 1,9 (unv.), Vereinsbank 4,5 (unv.), Spinnereien: Esslingen 10 (17,5), G. u. S. 2,4 (unv.), S. 35 (37). Bran-

ereien uneinheitlich: Brauhaus Ravensburg 4,7 (4,8), Bulle 11 (unv.), Maschinen- und Metallaktien: Daimler 5 (5,1), Feinmechanik 34 (36), Esslinger Maschinen 10 (11,25). Schwach war auch der Rohmittellaktienmarkt: Kaiser Otto 3,8 (4,25), Krumm 3,6 (4), Stuttgarter Zucker 6 (6,3). Uebrigere Werte: Anilin 21,8 (22,4), Belfer 3,8 (4,3), Deutsche Verlag 34 (33), Riegelwerke Ludwigsburg 13 (13,5). — Der Fremdeverkehr war wieder sehr still, die Kurse meist abschwächend.

Stuttgart, 4. März. Dem Schlachtviehmarkt am Dienstag waren zugeführt: 48 Kühe, 23 Bullen, 133 Jungbullen, 100 Jungriinder, 63 Kälber, 503 Kälber, 350 Schweine, 35 Schafe. Verkauf des Marktes: Deleht. Preis pro Pfd. Lebendgewicht in Goldpfennigen: Kühe erste Qualität 35—40, zweite 28 bis 34; Bullen erste 33—35, zweite 25—30; Jungriinder erste 40—44, zweite 34—37, dritte 25—32; Kälber erste 28—33, zweite 20—26, dritte 12—17; Kälber erste 55 bis 58, zweite 50—54, dritte 42—48; Schweine erste 73—76, zweite 68—72, dritte 58—65; Hammel (geschlachtet) 58—64, Schafe 45—55.

Letzte Nachrichten.

Der ehemalige Reichskanzler Dr. Wirth erkrankt.

WTB. Berlin, 5. März. Der ehemalige Reichskanzler Dr. Wirth ist, den Blättern zufolge, an schwerer Grippe mit Lungenentzündung erkrankt. Sein Zustand soll ziemlich ernst sein.

Forderung der Verstärkung der Luftstreitkräfte.

WTB. London, 5. März. Im Oberhaus brachte gestern Lord Londonderry, der ehemalige Unterstaatssekretär für das Luftfahrtwesen einen Antrag ein, in dem zum Ausdruck gebracht wird, daß Großbritannien eine Luftstreitmacht zum Hyminotisch halten müsse, die genügend sei, um Luftangriffen der stärksten Luftstreitmacht gegenüber seinen Küsten Widerstand leisten zu können. Als der Krieg zu Ende gegangen sei, habe England die stärkste Luftstreitmacht der Welt besessen. Seit dem Kriege habe

sie allmählich abgenommen und heute könne London von der Luft aus in kürzester Zeit vernichtet werden. Lord Londonderry fuhr fort, seine Worte enthielten in keiner Weise etwas Feindliches gegen irgendeine andere Macht. Er erklärte, die Franzosen könnten wahrscheinlich 10 Flugzeuge für jede Maschine aufbringen, die England zu seiner Verteidigung in die Luft senden könne.

Weiteres Sinken des französischen Franken.

WTB. Berlin, 5. März. Einer Blättermeldung zufolge notierte gestern an der Pariser Börse das englische Pfund 106,50 gegen 103,50 Fr. am Montag, der Dollar 24,80 gegen 24,04 Fr. Die neue Abwärtsbewegung des Franken wird auf den letzten sehr ungünstigen Wochenkurs der Bank von Frankreich zurückgeführt, der eine beträchtliche Vermehrung des Notenumlaufes anweist.

Nüchternen Aufstand in Westmexiko.

WTB. London, 5. März. Reuter meldet aus Mexiko: Die Führer der Aufständischen in Westmexiko suchen in jenseits der Grenze in Sicherheit zu bringen. Sie geben das Nüchternen des Aufstands zu und raten ihren Anhängern, nach Hause zurückzukehren und keine Plünderungen zu begehen. Das mexikanische Kriegsamt teilt mit, daß der organisierte Widerstand nördlich des Petroleumgebietes aufgehört habe.

Erdbeben.

WTB. London, 5. März. Nach einem Reutertelegramm aus San Jose in Costa Rica hat ein Erdbeben zahlreiche Häuser zerstört. Eine Anzahl Menschen ist ums Leben gekommen.

Unruhen in Sabhar (Bengalen).

WTB. London, 5. März. Das Auswärtige Amt teilt mit, daß bei den Unruhen in Sabhar am 22. Februar 21 Tote und 33 Verwundete zu verzeichnen waren. 700 Verhaftungen sind vorgenommen worden. In Jaito herrscht Ruhe, aber es sei ein Tepp religioöser Fanatiker im Anzug, der am 14. März erwartet werde.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Baur. Druck und Verlag der W. Ricker'schen Buchdruckerei Altensteig.

Wichtige Bekanntmachungen.

Die öffentliche Schlussprüfung der landwirtschaftlichen Winterschule Calw findet am Samstag, den 22. März d. J., vorm. 9 Uhr statt.

Ragold, den 4. März 1924. Oberamt: Müns.

Bauern.



Langholzverkauf.

Die Gemeinde bringt am Samstag, den 8. März vormittags 10 Uhr auf dem Rathaus aus Abteilung 6

ca. 40 Festmeter Forchen
9,83 „ Tannen

im öffentlichen Auffreie zum Verkauf.

Den 4. März 1924.

Gemeinderat.

Pfalzgrafentweiler.

Straßenbau-Alford.

Zum Umbau der Straße von hier gegen Ragold werden die Erd- und Maurerarbeiten am nächsten

Freitag, den 7. März d. J., nachm. 3 Uhr

im Rathaus vergeben. (Eckhaushub 5300 cbm, Vorlage 2700 qm.) Pläne und Vorkaufschlag liegen im Rathaus auf.

Gemeinderat.

Schirme

für jeden Gebrauch, bei

Reinhold Hayer Altensteig

Egenhausen.

Von einem in nächster Woche eintreffenden Waggon

Braunkohlen-Briketts

kann noch abgegeben werden.

Auch nimmt für spätere Bestellungen in Koks, Anthracit und Eisformbriketts Bestellungen entgegen.

J. Kaltenbach.

Sicherheits-Sprengstoffe

mit Zubehör, Sprengpulver usw. in verschiedenen Fabrikaten liefert zu billigsten Preisen

Lorenz Luz jr. Altensteig. Tel. 46.

Landwirte

vergeht nicht am Donnerstag (Markttag) auch in
Ia garantiert reinem
Leinkuchen-Mehl
Ia. garantiert reinem
Repskuchen-Mehl
und andere Delkuchen
eingabraden.
Auch werden Delksaten jeder Art
sofort gegen Öl eingetauscht.

Alfred Reclam, Ragold

Telefon 101.

Altensteig.

Für Singvögel

empfehle:
gemischtes
Fogelkutter
Bausamen
Canariensamen
Käsekeru
gelbe Biese
Rübsamen

Ehr. Burghard jr.

Altensteig.

Verkauf 2 St. hochstich-
tipe gute
**Milch-
ziegen**

reklarben, hornlos,
Carl Maier jr., Schöbm.

Bisfaktoren
rechtigt schnell und sauber die
W. Ricker'sche Buchdr.

Einen Waggon gefundes

Brennholz

Tannen- u. Buchenscheiter
sucht im Auftrag zu kaufen
Lorenz Luz jr., Altensteig.

Hefelbach (Rurgtal).
Verkauf 1 Paar schöne
Schwanz

**Jug-
ochsen**

H. Klump, Wolfenbauer.

Werkzeuge.

Ragold: Luise Holsaender,
geb. Wittel, 66 J.
Wiltberg: Jakob Friedrich,
Zimmermeister, 46 J.
Freudenstadt: Klara, Tochter
d. R. Gang z. Stuttg. Tor,
16 J.
Freiburg/St. Freudenstadt: G.
Daxler, Finanzrat a. D.
Dietelsbrunn: Rosine Finl-
beiner, Kaufm. W., 74 J.

Friedrich Allmendinger

Telefon 320 Tübingen Telefon 320
Mitglied des internationalen Möbeltransport-Verbandes.

Möbeltransporte

Feste Uebernahme von Haus zu Haus nach u. von
allen Plätzen unter voller Garantie
Erledigung durch bestgeschultes Personal
Transportversicherung gegen alle Gefahren.
Lagerung Verpackung Ausland- u. Ueberseetransporte
Lastwagenverkehr Spezial-Automöbelwagen
Ankunft und Preisofferte kostenfrei.

Alle Druckarbeiten

für den privaten, geschäftlichen
und amtlichen Verkehr liefert in
kürzester Zeit und in sauberster
Ausführung bei billigen Preisen
die

W. Ricker'sche Buchdruckerei
Altensteig.

Suchen eine

Sohlleder-Berberei

die eigengegerbte Leder herstellt und laufend was liefern kann
in 1/2 Häuten und Coupon für einen größeren Platz Süd-
deutschlands.
Angebote erbeten unter M. W. 88 an die Geschäftsst. d. Stg.

Altensteig.

Schuhfett

„Büdox“
und
Schuhfett Marke
Büffelhaut
seit 30 Jahren bewährt.

Wer denn
mit dieser
Schuhfett
sind echt

hat zu billigen Preisen stets
auf Lager

Fritz Bühler jr.

Kaufm. gebildeter Herr
sucht tätige

Beteiligung

an reellen solchem Unter-
nehmen. Off. unt. Chiffre
R. 420 a. d. Gesch. d. Stg.

Sehr leistungsfl. Firma der
Leigwarenbranche sucht für
ihre erkl. bel. Fabrikate Prov-
Vertreter

für Altensteig u. Umgebung.
Off. unt. W.R. 71 an die Ge-
schäftsstelle dieser Zeitung.

